

# Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.  
Wochenheftlicher Abonnementspreis 0,75 M.;  
bei freier Bestellung durch den Briefträger  
ins Haus 18 Pf. mehr.  
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben  
unter Mitwirkung der Verbands- und Bezirks-Vorstände  
vom  
**Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine**  
(Hilfs-Bundrat)  
Berlin N.O.W., Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:  
Geschäftsamt, 25 Pf., Familienamt, 15 Pf.  
Vereinsamt, 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.  
Redaktion und Expedition:  
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.  
Fernsprecher: Amt Köpenick, Nr. 4120.

Nr. 73/74.

Berlin, Sonnabend, 12. September 1914.

Sechshundvierzigster Jahrgang.

## Inhalts-Verzeichnis:

Lehren des Krieges. — Die wirtschaftliche und soziale Organisation während des Krieges. — John Burns und der Krieg. — Ledigenheime und Landesversicherungsanstalten. — Allgemeine Rundschau. — Verbands-Zell. — Anzeigen.

## Lehren des Krieges.

Unsere waderen Truppen haben weiterhin das gehalten, was sie gleich nach Ausbruch des Krieges versprochen. Ihren ersten glänzenden Siegen sind weiter gelangt, die uns in unserer Übersticht stärken, daß dieser furchtbare Krieg zu einem siegreichen Ende für das deutsche Volk geführt wird. In erster Linie gebührt dafür Dank der vorzüglichen Heeresleitung, die sorgfältig den Kriegspläne ausgeführt hat, ihn mit Umsicht und Geschick durchführt und es verrieth, sich den durch den Gang der Ereignisse neu geschaffenen Situationen jederzeit anzupassen. Der Dank des Vaterlandes ist diesen Führern des deutschen Volkes sicher. Aber auch die umsichtigste Heeresleitung hätte solche Erfolge nicht erzielen können, wären nicht die Mannschaften selbst von einem Geiste befeuert, wie er in der ganzen Weltgeschichte noch nicht beobachtet werden können. Die Tapferkeit der deutschen Truppen hat selbst dem Gegner Worte der Anerkennung abgerungen. Die Begeisterung, mit der die deutschen Soldaten in den schweren Kampf gezogen sind, kennt nicht ihresgleichen. Selbst die Verletzten brennen förmlich darauf, sobald ihre Wunden einigermaßen geheilt sind, wieder in die Front zu gelangen. Dazu kommt der heilige Eifer, von dem jeder Deutsche entflammt ist über die Hinterlistigkeit und Grausamkeit unserer zahlreichen Feinde, die sich darin förmlich zu überbieten versuchen. „Wir müssen siegen“, so sagt sich jeder Einzelne, und deshalb werden wir auch den Sieg davontragen.

Würden aber unsere tapferen Krieger so kampfesfreudig und begeistert ins Feld gezogen sein, wenn sie nicht bei ihrem Auszuge gesehen hätten, wie das ganze deutsche Volk einmütig den Kampf aufgenommen hat, auch diejenigen, die daheim geblieben sind? Wie oft hat man nicht in diesen Tagen das Wort gehört, daß es jeden von uns mit hohem Stolz erfüllen müsse, sich Deutscher nennen zu dürfen. Jedermann tut seine Schuldigkeit; jeder trägt mit dazu bei, die mit dem Kriege nun einmal verknüpften Schwierigkeiten zu überwinden. Man wettersert förmlich in der Fürsorge für die Hinterbliebenen und Bewunderten. Fürsorge, eine erbebende, eine große Zeit!

Das zur rechten Zeit geprüfene Wort unseres Kaisers, daß er keine Parteien mehr kenne, sondern nur noch Deutsche, hat überall im Vaterlande einen lebhaften Widerhall gefunden. Es gibt tatsächlich keinen Unterschied mehr zwischen den Parteien; die Ständesunterschiede sind verwischt; jeder sieht im andern nur den Bruder, die Schwester. Alles ist bemüht, dem andern seine Lage so leicht wie möglich zu gestalten. Und wie draußen im Felde der Arme neben dem Reichen kämpft, wie der Unternehmer ebenso sein Leben aufs Spiel setzt wie der Arbeiter, genau so können wir beobachten, daß auch daheim die Gegenläge gelddunden sind. Die Organisationen der Unternehmer und Arbeiter haben sich gegenseitig die Hände gereicht und versuchen, auf dem Wege friedlicher Verständigung über die Schwierigkeiten der Lage hinwegzukommen. Das sind erquickliche Erscheinungen, von denen wir hoffen, daß sie auch dann, wenn friedliche Zustände wieder eingetreten sind, nicht verschwinden werden. Die gegenwärtige Achtung, die man jetzt an den Tag legt, muß auch in Friedenszeiten beobachtet werden.

Schon neulich haben wir darauf hingewiesen, daß dies am besten erreicht werden kann, wenn die Organisationen während der Kriegszeit erhalten und nach dem Frieden gekräftigt und ausgebaut werden. Niemals hat sich der Wert der Organisation deutscher gezeigt als gerade jetzt. Wir alle haben gestaunt, wie schnell und sicher sich der Aufmarsch der deutschen Kruppen vollzogen hat, wie auch alle übrigen Maßnahmen, die der Krieg erforderte, sicher und ohne Zögern getroffen wurden. Das war nur möglich, weil vorher eine gute Organisation geschaffen war. Mögen wir daraus unsere Lehren für die Zukunft ziehen! Auch im Frieden ist die Organisation notwendig zur Durchführung unvermeidlicher wirtschaftlicher Kämpfe. Deshalb ist es erforderlich, daß wir jetzt schon Opfer für sie bringen, daß wir den Anweisungen, die von der Organisationsleitung kommen, Folge leisten und uns auch mit Maßnahmen abfinden, die im ersten Augenblick unsere Zustimmung nicht finden. Einige müssen wir sein im Innern und mehr als je alles ausmergen, was geeignet ist, die Einigkeit zu stören. Wie unsere Brüder draußen im Felde mit ihrem Herblute für den Bestand des Vaterlandes eintreten, so müssen wir, die wir daheimgeblieben sind, unsere besten Kräfte einsetzen, um die hartbedrängte Organisation, deren wir so dringend benötigen, zu erhalten und zu festigen. Schwierig, die Schwierigkeiten, die uns dabei entgegenstehen, sind nicht gering. Aus vielen Orten sind gerade die taftkräftigsten Kollagen zu den Fahnen berufen worden. Die Zurückgebliebenen leiden zum Teil hart unter der Arbeitslosigkeit und sind nur schwer in der Lage, die Beiträge für die Organisation aufzubringen. Die Agitation ist lahmgelegt, weil der Krieg das ganze Interesse in Anspruch nimmt und weil auch die öffentliche Versammlungstätigkeit eingeschränkt ist. Alle diese Schwierigkeiten aber dürfen nicht ein Hindernis für unsere Arbeit sein, müssen vielmehr einen Ansporn bilden, daß wir umso eifriger alle Kräfte in Bewegung setzen, die unsere Organisation zu erhalten geeignet sind. Nehmen wir uns ein Beispiel an unseren tapferen Soldaten! Bemühen wir uns, es ihnen gleich zu tun! Unsere Arbeit ist ja viel leichter als ihre. Lobnen wir die schweren Opfer, die unsere waderen Brüder im Felde bringen, wenigstens damit, daß wir das zu erhalten suchen, was jene mit zu schaffen und zu festigen bemüht waren. Das ist der beste Dank, den wir abtatten können. Wir sorgen aber damit auch für unsere eigene Zukunft.

## Die wirtschaftliche und soziale Organisation während des Krieges.

Ein Überblick von Erich Dombrowski.

Das wirtschaftliche Leben Deutschlands verkehrt im Juli dieses Jahres in durchaus normalen Bahnen. Die leichte wirtschaftliche Depression der vergangenen Monate ist überwunden, und eine neue Aufwärtsbewegung bereitet sich vor. Das österreichische Ultimatum an Serbien schredte dann aber in der letzten Zukunft die Gemüter jäh auf, und die Börsen der ganzen Welt, von jeder die feinsten politischen Gradmesser, sinen bedenklich unruhig zu werden an. Diese Unruhe artete schließlich in eine furchtbare Panik aus, als sich die politische Lage von Tag zu Tag verschlechterte. Dadurch, daß das große Publikum koplos seine Wertpapiere auf den Markt warf, um sie auf alle Fälle los zu werden, fielen die Kurse nicht nur der an sich schon empfindlichen Industripapiere, sondern auch der stabilen Renten so sprunghaft schnell,

wie man es bisher noch nie erlebt hatte. Am letzten Juli-Tag brach dann auch wirklich die Katastrophe über Europa herein. Der Krieg aller gegen alle war unabweislich geworden.

Die bange Frage tauchte nun auf: Wie wird Deutschland sich den Kriegsverhältnissen wirtschaftlich anpassen? Wird seine Volkswirtschaft gerettet sein wie sein Militär? Drei Momente sind für die deutsche Volkswirtschaft charakteristisch: Die gewaltige Abhängigkeit vom Auslande, die z. B. im letzten Jahre in einer Einfuhr von Rohungsmitteln, Rohstoffen und sonstigen Waren in einer Gesamtsumme von annähernd elf Milliarden Mark zum Ausdruck kam; die große kreditwirtschaftliche Grundlage unserer kommerziellen und industriellen Entwicklung und das mächtige sozialpolitische Gebäude, zu dem wir nun schon seit über drei Jahrzehnten Stein an Stein gefügt haben. Der Krieg isolierte Deutschland mit einem Schlag und schnitt es zunächst von aller Welt ab. Die deutsche Volkswirtschaft war nun auf sich allein gestellt. Auf den einen Seite kam jetzt durch die Verhängung des Kriegsausstandes so etwas wie der Geist des alten absolutistischen Militär- und Polizeistaates vergangener Jahrhunderte wieder zu seinem Rechte, auf der anderen Seite wurden mit einem Male moderne sozialistische Forderungen wie selbstverständlich in die Tat umgesetzt.

Verstehen wir nun im einzelnen das Chaos der sich überstürzenden Ereignisse des August 1914 auf wirtschaftlichem Gebiete zu unterwirren und uns über die völlige Neuorientierung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse klar zu werden. Zunächst geht es, die Ernährung des deutschen Volkes sicher zu stellen. Dem diente ein Erlass des Bundesrates, der jegliche Ausfuhr von Getreide, Mehl und Futtermitteln sowie Tieren und tierischen Erzeugnissen verbot. Gleich darauf fielen die hohen Schutzzölle auf die wichtigsten Nahrungs- und Genussmittel, und die Einfuhrverbote und Einfuhrbeschränkungen von Fleisch wurden aufgehoben. Sodann mußte die Ernte schleunigst eingehradet werden, da infolge der vielen militärischen Einberufungen und des Abzuges der ausländischen Wanderarbeiter ein empfindlicher Leuzmannangel eingetreten war. Sofort suchte man in allen Bevölkerungsfreien Erntehelfer mobil zu machen. Die Landwirtschaftskammern, die deutsche Feldarbeiterzentrale, der Verein für soziale Kolonisation, die Arbeiterorganisationen, die städtischen Arbeitsnachweise, die Jugendorganisationen (Waldfinderbund, Jungdeutschlandbund, Wandervogel) und die Schulen taten das ihrige, um das notwendige Menschennaterial den Landwirten zur Verfügung zu stellen. Die Eisenbahnminister gewährten den Erntehelfern freie Fahrt, und so gelang es, dank der reichen Entschlossenheit aller Volkskreise, die Ernte zur rechten Zeit vollständig einzubringen. Ein reich angemommenes Geleg gestattete den Behörden für die Dauer des Krieges Höchstpreise für Gegenstände des täglichen Bedarfs, insbesondere für Nahrungs- und Futtermittel aller Art sowie für rohe Naturerzeugnisse, Seiz- und Leuzstoffe, festzusetzen. Von dieser Befugnis ist fast überall Gebrauch gemacht worden, und vielfach hat man sich nicht nur darauf beschränkt, dem Kleinhandel Preise vorzuschreiben, sondern hat sie auch dem Großhandel diktiert. Alle diese Maßnahmen erreichten auch wirklich ihren Zweck. Man konnte getrost in die Zukunft sehen und brauchte sich nicht um die Ernährung des deutschen Volkes zu bangen, auch wenn eine feindliche Flotte die hennallischen Häfen blockieren würde.

Die Sicherung des deutschen Geschäftslebens war eine mindestens ebenso schwierige Aufgabe. Am Tage des Kriegsausbruchs stellten die Fondsbörsen ihren Verkehr ein. Amtliche Kurse wurden nicht mehr notiert. Nur die Produktbörsen blieben weiter geöffnet. Lieferungs-geschäfte für bestimmte Termine wurden aber nicht mehr zugelassen. Die Reichsbank erhöhte ihren Diskontsatz und setzte ihn schließlich auf sechs Prozent fest um den Goldabfluß zu dämmen. Am 7. August konnte sie einen Goldbestand von fast 1 1/2 Milliarden Mark nachweisen, eine Summe, wie sie so hoch noch kein Ausweis der Reichsbank hatte nennen können. Sie war mithin glänzend finanziell gerüstet, und da auf je hundert Mark Gold dreihundert Mark Banknoten ausgegeben werden dürfen, so konnte sie ihren Notenumlauf berart vergrößern, daß es bis auf die ersten Tage der Panik an genügend Zahlungsmitteln nicht gefehlt hat. Eine neue gewaltige Last wird dem deutschen Geldmarkt durch die Kriegsanleihe von fünf Milliarden Mk. auferlegt, die der Reichsstaat bewilligt hat, und die nun nach und nach in Schuldverschreibungen und Schatzanweisungen auf den Geldmarkt kommen und vom Publikum gezeichnet werden sollen.

Die eigentliche Kriegshilfe für die Geschäftswelt setzte mit der Begründung zahlreicher Kriegsdarlehnkassen ein, die wie schon 1870/71 Kredite gegen Verpfändung von Waren und Wertpapieren gewährten. Die Verpfändung der Darlehnkassen liegt in enger Anlehnung an die Reichsbank in den Händen des Reiches. Auf Grund der von ihnen verpfändeten Wertpapiere geben sie Kassenkassenscheine aus und erleichtern dadurch ebenfalls den Geldumlauf. Doch die Geschäftswelt greift auch zur Selbsthilfe und bildet in einer Reihe von Städten und ganzen Landeskreisen Kriegskreditbanken, und die Kreise des kleinen Mittelstandes errichteten Kriegskreditgenossenschaften. Um den Zusammenbruch zahlreicher Geschäfte infolge der Kriegsverhältnisse zu verhüten, hatte der Bundesrat die Möglichkeit eines gerichtlichen Zahlungs-aufschubes oder einer gerichtlichen Geschäftsaufsicht zur Abwendung des Konkursverfahrens geschaffen. Darüber hinaus begründeten die Handels- und Gewerbetreibenden vieler Städte besondere Kriegshilfsstellen, um Schuldnern durch Vermittlung der Handels- oder Gewerbekammern eine Einigung mit ihren Gläubigern zu ermöglichen. Dem vielfach lautgewordenen Verlangen nach einem allgemeinen Moratorium hat die Regierung nicht nachgegeben, d. h. sie hat die Verschlebung sämtlicher Zahlungsströme bis zu einem gewissen Zeitpunkt, bis zu dem dann Forderungen wieder im Rechtswege noch durch Zwangsvollstreckung hätten eingezogen werden dürfen, nicht gestattet. Für die Solidität des deutschen Wirtschaftslebens legt diese Ablehnung eines Moratoriums ein glänzendes Zeugnis ab. Wohl aber hat die Regierung alles daran gesetzt, den deutschen Exporthandel, der plötzlich vollständig stockte, neu zu beleben und ihn über die neutralen Häfen zu leiten.

In engem Zusammenhang mit dem wirtschaftlichen Organismus steht der Verkehr. Auch er hat in diesen Tagen eine völlige Umwälzung erfahren, da er im Interesse der Landesverteidigung fast ausschließlich in den Dienst des Militärs gestellt werden mußte. Der Post- und Telegraphenverkehr nach dem feindlichen Ausland wurde gänzlich eingestellt und unterlag nach den übrigen Staaten großen Beschränkungen u. a. mußten alle dahingehenden Sendungen unterbrochen und die Schriftstücke in deutscher Sprache abgefaßt sein. Der Fernspreverkehr steht gleichfalls unter Zensur. Die Eisenbahnverbindungen, wie sie die Fahrpläne anzeigten, hörten auf, und ein Militärkolonialfahrplan regelte notwendig die Verbindung von einer Stadt zur anderen. Die Wiederaufnahme des großen Fernverkehrs war erst nach der vollendeten Mobilmachung möglich, und selbst dann noch in sehr geringem Umfange. Stillstehen aber noch als die Schwierigkeiten, die der Verkehr im Inlande bot, war, wegen der politischen Folgen, die fast völlige Unterbindung des Nachrichtenverkehrs nach dem Auslande, da die wichtigsten Nachrichtenabläufe im Besitze französischer und englischer Gesellschaften sind. Infolgedessen sah man sich genötigt, auch hier organisierend einzugreifen. Man gab noch Möglichkeit allen Angehörigen neutraler Staaten, die in ihre Heimat reisten, deutsche Zeitungen mit, man verwies die deutschen Geschäftsleute darauf, in ihren Briefen an Firmen des Auslandes auffällende Worte über die wirtschaftliche Lage Deutschlands anzufügen, die Reichsregierung ließ die wichtigsten Dokumente der diplomatischen Vorgeschichte des Krieges ins Englische übersetzen und als Broschüre in alle Welt

hinausgehen, und die Potsdamer Handelskammer richtete einen regelmäßigen internationalen wirtschaftlichen Nachrichtenendienst mit allen großen neutralen Staaten ein. Auch der über den ganzen Erdball verbreitete Verein für das Deutschtum im Auslande griff helfend in dieser Hinsicht ein.

### John Burns und der Krieg.

Großes Aufsehen erregte es, als kurz nach der Kriegserklärung Englands an Deutschland der englische Minister John Burns mit einem andern Amtskollegen seinen Ministerposten verließ. John Burns ist ein Gegner dieses Krieges und hat es mit keinem Gewissen nicht vereinbaren können, länger in einer Regierung tätig zu sein, die in so irrtümlicher Weise den Weltbrand entfacht hat. Das verdient unbedingt Anerkennung. Wir als Gewerksvereiner haben an dem ehemaligen englischen Minister Burns ein besonderes Interesse, einmal, weil er aus dem Arbeiterstande hervorgegangen ist, dann aber auch, weil er mehrfach in persönliche Beziehungen zu hervorragenden Gewerksvereinskollegen getreten ist. So veröffentlicht der Zentralratsvorsitzende, Kollege Gustav Sartmann, in der letzten Nummer des „Regulator“ folgende Erinnerungen an John Burns:

Ich lernte John Burns im Januar 1897 in London kennen und zwar durch Vermittlung eines Fremdes, auf dessen Veranlassung ich damals das erste Mal nach England reiste. Er war früher einfacher Arbeiter, Maschinenbauer, also unter spezieller Berufsgenossenschaft und vertrat seinen Gewerksverein mehrfach als Delegierter auf Gewerksvereinskongressen. Er ist es, der in den neunziger Jahren den großen Dockarbeiterstreik in London organisierte, der sich in besonders wahrnehmbarer Weise gemeinlich mit Ben Tillett und Tom Mann der ungelerten Arbeiter annahm und deren Organisation leitete. Politisch gehörte er früher zur Sozialdemokratie; ob auch heute noch, vermag ich nicht zu sagen, da er gerade zu der Zeit, als ich ihn das erste Mal sah und mit ihm sprach, in bester Fehde mit den Führern der offiziellen Sozialdemokratie lag. Das tut aber auch jetzt nichts zur Sache. Er wurde in Battersea in das Parlament gewählt, von einer Wählerpartei, die zum überwiegenden Teil aus Arbeitern bestand. Seine Fähigkeiten und seine Arbeitskraft blieben nicht verborgen; er besaß und besitzt wohl heute noch das unbegrenzte Vertrauen der Arbeiter und seiner Wähler, und da in England nur Minister werden kann, wer zum Abgeordneten in das Parlament gewählt worden ist, so wurde er später als Minister in die Regierung berufen. Am 14. 1897 in London war, wurde ich ihm als spezieller Berufsgenosse und Gewerksvereinskollege vorgestellt und hatte mit ihm eine recht anregende Unterhaltung, natürlich nur durch Vermittlung meines Freundes, der uns als Dolmetscher diente.

Als ich John Burns dann nach 12 Jahren, im Mai 1909 wieder sah, war er bereits Minister. Ich beteiligte mich damals an einer Friedensdemonstration in London, ähnlich derjenigen, wie sie im Juni cr. in Berlin, Hamburg u. a. O. auch abgehalten wurden, und wir hörten dabei so viele Reden, durchdringt von begeisterter Friedensliebe, daß man an die Möglichkeit eines Krieges gar nicht dachte. Trotz der immer so schon verkauften Verbrüderungsfeiern englischer und deutscher Reichsangehöriger ist es anders gekommen. Die Kriegshetze bekamen die Oberhand, und unsere Brüder und Söhne müssen heute der Freiheit des stolzen Albions mit dem Schwert in der Faust zeigen, was Anstand und Ehre ist. Und das wird unser Heer auch glänzend besorgen.

Bei Gelegenheit dieser Friedensdemonstration 1909 in London hielt John Burns eine Rede für den Frieden, in der er u. A. sagte: England sei der Tummelplatz der Freiheit, der jetzt, also 1909, reaktionär werden solle. Das Geburtsland der Gewerksvereine, der Genossenschaften und der politischen Freiheiten solle von einer Gruppe reaktionärer Leute für ihre Zwecke umgestaltet werden. Die Presse befinde sich im Besitz nur weniger Leute, die seit 40 Jahren verjuden, Auf-land, Frankreich und Deutschland in einen Krieg zu zwingen. Dieselben Leute, die England mit den Büren in den Krieg gezogen hätten, wollten auch den Krieg mit Deutschland. Europa sei jetzt ein großer Exerzierplatz und der Patriotismus oft ein Mantel, der eine ganze Menge Sünden zu bedecken habe. Wenn auch England das am wenigsten kriegerische Land sei, so seien auch dort kriegerische Gebräute vorhanden gewesen, die jetzt, also 1909 in sich zusammengefallen seien. Die Kräfte der Dynastien hätten die Völker ins Unglück gestürzt; das sei auch Schuld unfähiger Diplomaten gewesen. Diese Rede John Burns flammte aus in die Worte, daß Elend, Armut und Krankheit bekämpft werden müßten, daß der Fort-

schrift zu fördern sei und daß alle Bestrebungen auf Erhaltung des Friedens der Stürze und Zivilisation dienen.

Diese Worte lassen zweifellos erkennen, daß die Machthaber in England schon seit Jahren den Krieg mit Deutschland vorbereitet haben, daß aber bislang der Widerstand der Friedensfreunde, die Ausführung dieses Planes nicht zuließ. Nun sind die Friedensfreunde in England unterlegen, und John Burns hat daraus die Konsequenzen gezogen, indem er seinen Ministerposten niederlegte.“

### Wohnheime und Landesversicherungsanstalten.

Die Entwicklung der letzten Jahrzehnte hat es mit sich gebracht, daß infolge der starken, nicht selten sprunghaften Ausdehnung der industriellen Betriebe in den Industriebezirken zahlreiche neue Arbeitskräfte namentlich vom flachen Lande zusammenströmen. Zum großen Teil handelt es sich hierbei um junge, unverheiratete Personen. Sodann haben sich ebenfalls infolge der Entwicklung der letzten Jahrzehnte auch im Handwerk die Verhältnisse in weitem Umfang geändert, und wenigstens in den großen Städten ist die althergebrachte Sitte, daß Lehrlinge und Gesellen bei ihrem Meister wohnen, fast vollständig in Fortfall gekommen. Diesen Personen ein Unterkommen, eine Schlafstelle zu schaffen, bezuglos die Wohnheime, Wohnhäuser und dergleichen. Zu ihrer Erziehung geben nicht theoretische Ermüdungen irgendwelcher Art den Anlaß, sondern sie war die notwendige Folge der industriellen Entwicklung. Die Anknüpfung von Arbeitskräften zwang die Arbeitgeber, wenn sie überhaupt Arbeiter haben wollten, für Schlafstätten zu sorgen. Denn vielfach wurden industrielle Betriebe, Bergwerke und in großen Entfernungen von Ortschaften begründet, und der Unternehmer mußte deshalb Häuser errichten, in denen seine Arbeiter wohnten. Vielfach haben späterhin dann Arbeitgeber auch aus anderen Gründen Wohnheime errichtet namentlich zur Fürsorge für die Arbeiter, denen zu billigen Preisen gesunde und angenehme Wohnungen geschaffen werden sollten. Münster hat hierbei auch wohl der Wunsch mitgewirkt, die in diesen Heimen wohnenden Arbeiter an das Unternehmen zu fesseln und dadurch einen Stamm tüchtiger und zuverlässiger Arbeiter heranzuziehen. Die meisten Wohnheime aber verdanken ihre Errichtung dem Kampfe gegen das Schlafstellenmangel und die sittlichen, sozialen und gesundheitlichen Nachteile, die damit für Mieter und Vermieter in gleicher Weise verknüpft sind und die allgemain anerkannt werden.

Die Wohnheime sind ein wirksames Mittel im Kampfe gegen das Schlafstellenmangel, und darin beruht ihre soziale Bedeutung. Der Hauptgrund für das Schlafstellenmangel ist wohl darin zu finden, daß die unverheirateten Arbeiter und Gesellen, solange es keine besonderen Anstalten gibt, in denen sie ein Unterkommen finden können, gezwungen sind, sich bei Leuten ihres Standes, also bei Arbeitern und Handwerkerfamilien einzumieten. Diese sind ihrerseits gern zur Aufnahme bereit, weil sie dadurch einen nicht unerheblichen Nebenverdienst haben. Sie erhalten einen Zuschuß zu dem Mietzins, den sie entrichten müssen, und die Arbeitskraft der Frau, die vielleicht wegen der Kinder keinem Verdienste außerhalb des Hauses nachgehen kann, wird ausgenutzt.

Mit dieser Art der Unterbringung der unverheirateten Arbeiter und Gesellen sind aber die Mängel, die dem Schlafstellenwesen anhaften, untrennbar verknüpft. Sie beruhen darauf, daß die Wohnungen zu eng sind, um noch außer der Familie der Mieter andere Personen aufnehmen, und daß die Wirkstoffe überhaupt nicht für die Aufnahme fremder Personen eingerichtet sind. Hierzu kommt, daß die Ergiebigkeit der Schlafstellenhaltung mit der Zahl der Schlafgänger wächst. Wie bei den Verhandlungen der 13. Kommission der Zentralstelle für Arbeiter-Wohlfahrtsanstalten im Jahre 1904 mitgeteilt wurde, bringt durchschnittlich jeder weitere Schlafgänger 40 bis 50 Mark mehr Ueberdich. Nach den dort angestellten Ermittlungen sichtlich die Rechnung, wenn nur ein Schlafgänger gefaßt wird, sogar mit einem Selbstbetrage von 9 Mark ab, den der Vermieter nur deshalb nicht unmittelbar fühlt, weil er nur seine Barausgaben und Barcinahmen verleiht, ohne die Abnutzung der Möbel und Wäsche und den Lohn für die Arbeitsleistungen der Frau für Waschen und Bedienung zu berücksichtigen.

Die Folge davon, daß die Ergiebigkeit mit der größeren Zahl der Schlafgänger wächst, ist

7 Monatsblätter für Arbeiterversicherung. Verlag von Lehend u. Co., Berlin W. 1, Anstr. 28/24.

natur-  
viele  
samme  
Wohn-  
sonen  
leidet  
Schlaf-  
böden  
von C  
nicht e  
geweck  
gelund  
die Ne  
Tuber-  
liegt a  
Denen  
Lebrad  
Doch j  
beizbar  
Allern  
Welt,  
Stamm  
allem,  
baulich  
hält de  
und se  
pflichte  
in fer  
halten.  
dieser  
bleibt  
folgt  
luft de  
eigene  
Verfeh  
rucht.  
rinnen  
A  
pänger  
andere  
durch  
Wirtsch  
den C  
den S  
auch  
schöder  
A  
Kampf  
zerufen  
Mittelt  
indem  
Stütze  
wurden  
vielfach  
gemacht  
schlecht  
aufgen  
mit i  
schaffen  
Eingän  
Neder  
gehrte  
schritte  
folgt  
jaht  
Wohn  
änen:  
nichts  
die G  
Man  
Wohn  
Anlass  
Wohn  
Nicht  
trauen  
füllung  
bild d  
mit de  
die Fü  
welche  
nicht  
S  
heim  
tugend  
das G  
richtig  
die Ne  
Berion  
groh.  
wenige  
werden  
es wir  
einsteil  
die ich  
Vermi  
zu ver  
almächt  
werden  
A  
dem S

naturgemäß die, daß die Vermieter möglichst viele aufnehmen. Daraus ergibt sich die Zusammendrängung vieler Personen in engen Wohnungen. So sind häufig selbst 4 bis 5 Personen in einem Zimmer untergebracht. Hierunter leidet wieder die Keimlichkeit, und häufig wird von Schlafgängern darüber geklagt, daß die Fußböden und Wände nicht gereinigt würden und oft von Schmutz starrten. Die Bettwäsche wird oft nicht einmal bei Wechsel des Schlafstelleninhabers gewechselt. Welche Folgen diese Unreinlichkeit in gesundheitlicher Beziehung, insbesondere auch für die Übertragung ansteckender Krankheiten wie Tuberkulose oder Hautkrankheiten haben muß, liegt auf der Hand. Auch sonst sind die Räume, in denen Schlafburschen oder Schlafmädchen untergebracht werden, hierzu nicht geeignet. Kommen doch selbst senkrechtelose, völlig unlüftbare und unheizbare Gellasse vor. Die Ausstattung ist auf das Allernotwendigste beschränkt und besteht nur aus Bett, Stuhl und Tisch. Dagegen fehlen Schrank, Kommode und jeglicher Wandschmuck. Es fehlt an allem, was den Raum irgendwie wohllich und behaglich machen könnte. Schon aus diesem Grunde hält der Inhaber sich nur zum Schlafen darin auf; und selbst wenn der Vermieter, wozu er nicht verpflichtet ist, ihm gestatten wollte, sich auch tagsüber in seiner freien Zeit in der Schlafstelle aufzuhalten, würde der Inhaber keinen Gebrauch von dieser Erlaubnis machen. Besonders Sonntags bleibt dem Schlafgänger nur das Wirtshaus. Die Folgen dieses Daseins sind der vollständige Verlust des Sinnes für ein Familienleben und eine eigene angenehme Häuslichkeit. Der ständige Verkehr im Wirtshaus weckt ferner die Genußsucht. Insbesondere aber sind jugendliche Arbeiterinnen den größten sittlichen Gefahren ausgesetzt.

Aus dem engen Zusammenleben der Schlafgänger und ihrer Wirtskleute ergeben sich noch andere sittliche Bedenken. Oft teilen die Schlafburschen oder Schlafmädchen mit der Familie der Wirtskleute den gleichen Raum, oder es geht doch der Eingang zu den Räumen der Familie durch den Schlafraum oder umgekehrt; bisweilen, wenn auch seltener, befinden sich sogar Personen verschiedener Geschlechts in demselben Räume.

Alle diese Mißstände haben einen lebhaften Kampf gegen das Schlafstellenwesen hervorgerufen, und hat man versucht, die schlimmsten Mißstände durch Polizeiverordnungen zu beheben, indem Mindestforderungen nach Luftraum, Größe, Lüftung und Beschaffenheit der Räume festgestellt wurden. Die Aufnahme von Schlafgängern ist vielfach von polizeilicher Genehmigung abhängig gemacht worden. Schlafgänger verschiedenen Geschlechts dürfen nur mit besonderer Erlaubnis aufgenommen werden; Schlafgänger sollen nicht mit Familienangehörigen in einem Zimmer schlafen. Es dürfen nur Räume mit besonderen Eingängen vom Hausflur aus vermietet werden. Jeder Schlafgänger muß ein eigenes Bett, Badschüssel und Handtuch erhalten. Derartige Vorschriften haben bis zu einem gewissen Grade Erfolge zu verzeichnen gehabt. Aber Brentano hat in seiner Schrift „Wohnungsreform und Wohnungsstände“ wohl mit Recht, daß mit ihnen und ihrer strengen Durchführung allein noch nichts geleistet ist und daß damit Hand in Hand die Errichtung von Ledigenheimen gehen müßte. Man könne das Wohnen vorchristlicher Wohnungen zwar gewolliam verbinden und die Anlässe ausweisen, allein solange nicht für Wohnungen gesorgt sei, in denen die Ausgewiesenen Aufnahme fänden, führe das nur zur Übertragung der in einer Wohnung besitzigten Überfüllung auf andere Wohnungen, in denen sich alsbald die alten Mißstände zeigten. Es müsse daher mit der Durchführung der Mindestforderungen die Fürsorge Hand in Hand gehen, daß diejenigen, welche aus ihren Wohnungen ausgewiesen würden, nicht obdachlos würden.

Hier hat die Errichtung von Ledigenheimen eineinzigartigen, in denen die unverheirateten Arbeiter und Gesellen ein billiges, ihnen zuzugewandtes Unterkommen finden. Natürlich läßt sich das Schlafstellenwesen nicht vollständig durch Errichtung von Ledigenheimen beseitigen; dafür ist die Nachfrage nach Schlafstellen und die Zahl der Personen, die ein Unterkommen finden müssen, zu groß. Aber wenn auch verhältnismäßig nur wenige Ledigenheimen errichtet werden können, so werden diese doch erhebliche Erfolge haben. Denn es wird sich alsbald ein Überfluß an Schlafstellen einstellen, der den Erfolg haben wird, daß gerade die schlechtesten Stellen frei bleiben und daß die Vermieter sich bemühen werden, die Schlafstellen zu verbessern, um Mieter zu finden. Dadurch wird allmählich das ganze Schlafstellenwesen gehoben werden.

Von den Ledigenheimen, die ihre Errichtung dem Kampfe gegen die Mängel des Schlafstellen-

wesens verdanken, ist ein Teil von kirchlichen Verbänden und Vereinen geschaffen worden, um die ledigen Arbeiter und Arbeiterinnen, die Gefahren und Behrlinee den sittlichen Gefahren des Schlafgängeriums zu entziehen. (Schluß folgt.)

## Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 11. September 1914.

An die Ortsverbandsvorstände! Immer und immer wieder müssen wir die Mahnung ergoßen lassen, daß auch in Kriegzeiten die Sitzungen abgehalten werden müssen. Ja, es ist notwendiger als unter normalen Verhältnissen, damit die Mitglieder aufgeklärt und zusammengehalten werden und der Bestand der Organisation gesichert wird. Leider sind uns in letzter Zeit nur wenig Berichte über Veranstaltungen der Ortsverbände zugegangen. Dies mag zum Teil darauf zurückzuführen sein, daß zahlreiche Kollegen, die das Amt des Ortsverbandschritführers verlassen, zu den Fahnen einberufen worden sind und ihre Nachfolger sich noch nicht in ihr neues Amt genügend eingearbeitet haben. Im Interesse unserer Sache aber liegt es, daß seitens der Ortsverbände häufiger Berichte eingeholt werden, die im Verbandsorgan zur Veröffentlichung gelangen können. Deswegen richten wir an die Ortsverbandsausschüsse das dringende Ersuchen, über ihre Versammlungen und dergl. Berichte an das Verbandsbureau zu senden. Darin kommt am besten zum Ausdruck, welche Tätigkeit innerhalb der Organisation entfaltet wird. Außerdem oder wirken solche Berichte auch anregend und anspornend für andere Ortsverbände. Also, ihr Ortsverbandschritführer, seid vor allem auf dem Posten und tut eure Pflicht, so wie sie unsere Brüder im Felde tun.

Die Familienunterstützung der Kriegsteilnehmer betrifft ein Erlass, den neuerdings der preussische Minister des Innern herausgegeben hat. Darin wird darauf hingewiesen, daß der Verlauf der kriegerischen Ereignisse es mit sich gebracht hat, daß zahlreiche Familien wie in Ostpreußen ihre Heimstätte verlassen und in den verschiedenen Provinzen im Herzen des Vaterlandes Unterkunft suchen mußten. Unter diesen befinden sich natürlich auch solche, deren Ernährer zu den Fahnen einberufen ist, und die deshalb Anspruch auf Zahlung der reichsgesetzlichen Unterstützung haben. Da diesen Familien, bei denen die Frage der Unterstützungsbefähigung zweifellos zu bejahen ist, die gesetzliche Unterstützung von den Versicherungsverbänden ihres gewöhnlichen Aufenthaltsorts nicht gewährt werden kann, sollen die Lieferungsverbände ihres Aufenthaltsorts für diese Familien besondere Darlehensbögen anlegen. Zur Verhütung von Doppelzahlungen muß auf dem in den Händen der Familien befindlichen roten Zettel jedesmal der Zeitraum, für den gezahlt worden ist, und die Höhe der Zahlung vermerkt werden.

Wichtige Bekanntmachungen des Bundesrats. Dem Bundesrat war durch Reichstagsbeschluss vom 4. August d. J. die Ermächtigung erteilt worden, die Wahlen zu den durch die Reichsversicherungsordnung vorgegebenen Behörden hinauszuschieben. Von dieser Befugnis hat er jetzt durch Veröffentlichung folgender, vom 4. September datierten Bekanntmachung Gebrauch gemacht:

„Soweit die Amtsdauer der Vertreter der Unternehmer oder anderer Arbeitgeber sowie der Versicherer bei Versicherungsbehörden und Versicherungsorganen und der nichtländigen Mitglieder des Reichsversicherungsamts vor dem 31. Dezember 1915 abläuft, wird sie bis zu dem Zeitpunkt, an welchem die nach den Vorschriften der Reichsversicherungsordnung wählenden Vertreter oder Mitglieder ihr Amt ansetzen, jedoch längstens bis zum 31. Dezember 1915, verlängert.“

Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Damit sind also die Wahlen zu den Oberversicherungsämtern endgültig vertagt.

Außerdem sollte gemäß § 151 der Reichsversicherungsordnung bis zum 31. Dezember 1914 die erstmalige Festsetzung der Ortslöhne in im ganzen Reich erfolgen. Auch diese Frist

ist durch Bundesratsverordnung vom 4. Sept. d. J. bis zum 31. Dezember 1915 verlängert worden.

Die Arbeitslosenfürsorge, wie sie von der Stadt Berlin und zugleich auch seitens der Landesversicherungsanstalt Berlin beschlossen worden ist, hat jetzt auch für die organisierte Arbeiterschaft ihre endgültige Regelung erfahren. In mehrfachen Verhandlungen zwischen Vertretern der Stadt, dem Vorsitzenden der Landesversicherungsanstalt Berlin sowie den Vertretern der drei Gewerkschaften der organisierten Arbeiterschaft sind die Bedingungen festgelegt worden, unter denen die Organisierten die Unterstützungen erhalten. Die Stadt Berlin zahlt bekanntlich an der Arbeitslosenunterstützung der Organisationen eine Beihilfe von 50 Prozent. Die Mindestgrenze dieser Unterstützungen zusammen beträgt 5 Mk. für Verheiratete und 4 Mk. für Unverheiratete, die Höchstgrenze 12 Mk. Die Unterstützung wird durch die Organisationen direkt an die in Berlin wohnenden Mitglieder gezahlt.

Die Landesversicherungsanstalt hat für die Versicherten, soweit sie arbeitslos sind, die Arbeitslosenfürsorge besonders geregelt. Für diese Arbeitslosenfürsorge ist Voraussetzung, daß die zu Unterstützten innerhalb des letzten Jahres mindestens 26 Wochenstunden der Versicherungsanstalt Berlin gekostet haben. In diese Karenzzeit mit eingerechnet werden beabsichtigte Krankenwochen, sowie die militärischen Übungen innerhalb der letzten 52 Wochen. Weitere Voraussetzung ist, daß der Arbeitslose verheiratet ist oder durch Erwerb den Unterhalt seiner Familie bestreiten hat. Bei dieser Unterstützung kommt es auf den Wohnort des Arbeitslosen nicht an.

Diejenigen Mitglieder der Deutschen Gewerksvereine, die Anspruch auf die Arbeitslosenfürsorge der Landesversicherungsanstalt erheben wollen, haben die Anträge in den Büros der Gewerksvereine bzw. im Verbandsbureau zu stellen. Die Landesversicherungsanstalt stellt den Organisationen dafür besondere Fragebogen zur Verfügung, deren Herausgabe in den nächsten Tagen erfolgt. Ein Termin, an welchem diese Anträge gestellt werden können, wird noch besonders bekannt gemacht.

Die Zahlung der Krankenkassenbeiträge für die Kriegsteilnehmer hat die Stadtgemeinde Liegnitz übernommen. Dieser Beschluss verdient weitestgehende Nachahmung, weil eine solche Regelung der Frage, wie die „Soz. Prax.“ mit Recht bemerkt, nicht nur den großen Vorteil hat, daß die Leistungsfähigkeit der Kassen erhöht wird, wenn nicht für zu viele das Sterbegericht geschlagen werden muß, sondern weil dadurch auch die Mehrleistungen der Kassen, namentlich die Familienunterstützung, aufrecht erhalten werden können. Davon hat natürlich die Stadt selbst ebenfalls Nutzen. Sollten sich, was sehr wünschenswert wäre, jetzt noch weitere Städte entschließen, die Krankenkassenbeiträge für die Kriegsteilnehmer zu zahlen, so wäre es allerdings notwendig, daß durch eine Bundesratsverordnung die verpätete Zahlung als gültig anerkannt würde.

Das Ortsstarikamt für das Malergewerbe Groß-Berlins hat in Anbetracht der großen Arbeitslosigkeit im Berufe folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Die siebenstündige Winterarbeitszeit wird vom 7. September ab eingeführt.
2. Überstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit darf von den sieben Stunden täglich beschäftigten Gehilfen nicht mehr ausgeführt werden; wo solche unumgänglich notwendig ist, ist die Arbeit in Wechselarbeit auszuführen. Wird diese Wechselarbeit dem Ortsstarikamt rechtzeitig gemeldet, so ist nur der tarifmäßige Lohn, also keine Zulage zu zahlen, wenn die betreffenden Arbeiter nicht mehr als 42 Stunden wöchentlich gearbeitet haben.
3. Der Tarifvertrag bleibt sonst in allen Punkten bestehen; die beschlossenen Sonderbestimmungen gelten nur für die Dauer des Krieges.

Ueber die Kriegsmassnahmen der christlichen Gewerkschaften macht deren „Zentralblatt“ in seiner letzten Nummer folgende Mitteilungen:

„In den letzten Tagen verbreitete die Tagespresse eine Notiz des Inhalts, daß die christlichen Gewerkschaften ihren vom Kriegsunglück betroffenen Mitgliedern insgesamt 4-5 Millionen Mark zuwenden wollten. Diese Notiz hat, wie man uns mitteilt, wesentlich zu Mißdeutungen geführt. Keineswegs glaubten die Gemeindeverbände, gegenüber den Winterliebenden

der Kriegsteilnehmer, soweit diese christliche Gewerkschaften sind, Kürzungen an ihren geschäftlichen Bezügen vornehmen zu können; davon kann aber selbstverständlich keine Rede sein. Weiter erscheint es fraglich, ob die wenigen gewerkschaftlichen Verbände, die eine regelmäßige Beihilfe an die Hinterbliebenen der Kriegsteilnehmer in Aussicht genommen haben, diese für längere Zeit gewähren können. Denn noch größere Bestände des Landsturms zu den Waffen gerufen werden, dann stehen zu viele Mitglieder im Kriegsdienst, als daß die gewerkschaftlichen Mittel zur Unterstützung ihrer Hinterbliebenen ausreichten wären. Schließlich waren auch Mitgliederkreise der christlichen Gewerkschaften der Ansicht, daß der in Aussicht gestellte Betrag in den ersten Kriegswochen unter bedürftigen Mitgliedern zur Verteilung gelangen sollte. Das wäre eine große Billigkeit gar nicht möglich, weil in den meisten Fällen eine geordnete Lieberlist noch gar nicht gewonnen werden konnte. Auf solche Experimente können sich die Verbände der christlichen Gewerkschaften nicht einlassen. ....

Es wird dann auf das Unterstützungswesen der einzelnen Verbände hingewiesen und kurzgefaßt:

„Ob diese Maßnahmen für die ganze Kriegsbauer aufreht erhalten oder Veränderungen zugunsten der Mitglieder eingeführt, oder aber ob die seitigeren Unterstützungen nicht eingetragten werden können, muß sich in absehbarer Zeit zeigen. .... Inwiefern den vom Kriegsausfall besonders stark Betroffenen für längere Zeit unter die Arme gegriffen werden kann, hängt dann nicht zuletzt auch davon ab, ob die in Arbeit stehenden Mitglieder pünktlich ihre Beiträge bezahlen und so die Verbände in die Möglichkeit versehen, sich hilfreich betätigen zu können.“

Mit andern Worten: Den christlichen Gewerkschaften geht es genau so wie den andern Arbeiterorganisationen.

**Arbeitslosigkeit in England.** Nicht nur in unserm Vaterlande hat infolge des Krieges die Arbeitslosigkeit eine außergewöhnliche Höhe erreicht, sondern auch in den andern in den Krieg verwickelten Ländern. Namentlich in England soll ihr Umfang ganz enorm sein, was zum Teil mit darauf zurückzuführen ist, daß dort durch die Mobilmachung nicht so viel Arbeitskräfte in Anspruch genommen werden wie bei uns. Nach den wenigen zu uns gedruckten Nachrichten englischer Zeitungen werden in der englischen Bekleidungsindustrie täglich Arbeiter entlassen. In Nottingham arbeiten 25 000 Arbeiter nur eine Stunde täglich. In Birmingham liegen die Gold- und Silberfabriken vollständig still; in Liverpool sind 4000 Köche der zu Kriegszwecken umgewandelten Handelsschiffe ohne Arbeit. Die Spinnereien und Webereien in Widland arbeiten aus Mangel an Rohstoffzufuhr nur halbe Tage.

## Verbands-Teil. Amtliche Bekanntmachung.

An die Vorstände sämtlicher Ortsvereine!

Anfolge des Krieges und der dadurch hervorgerufenen Veränderungen in den Vorständen unserer Ortsvereine wird nach dem 1. Oktober das Verbandsorgan „Der Gewerbeverein“ nicht mehr durch das Postzeitungsamt, sondern per Streifband direkt verandt. Jeder Ortsverein erhält die für ihn bestimmten Pflichtexemplare also im 4. Quartal d. J. an eine Adresse gesandt. Von dieser Adresse aus muß dann die Verteilung der Organe erfolgen.

Zur Feststellung der Adressen erfolgt die Verendung einer besonderen Postkarte an die einzelnen Ortsvereine durch die Hauptzeitungen der Gewerbevereine. Auf diese Karte müssen die Vorstände achten. Die Karte ist durch den Vorstand mit einer möglichst ständigen Adresse eines zuverlässigen Kollegen zu versehen, der sich verpflichtet, die Organe auch zur Verteilung zu bringen. Dann ist die Fragekarte umgehend, spätestens jedoch ab 20. d. M. frankiert mit einer 5 Pf.-Marke, wieder einzusenden.

Wir bitten dringend, diese Bekanntmachung zu beachten und die Verbandsleitung in dem Bestreben, das Verbandsorgan im Interesse unserer Organisation ständig in die Hände der Vorstandsmitglieder unserer Ortsvereine gelangen zu lassen, kräftig zu unterstützen.

Mit kollegialen Grüßen  
Der geschäftsführende Ausschuß.  
H. Neustadt, Verbands-Sekretär.

### Versammlungen.

**Berlin.** Diskussionsklub der Deutschen Gewerbevereine (S.-D.). Verbandshaus der Deutschen Gewerbevereine, Greifswalderstr. 221/22. Die Sitzungen finden während des Krieges alle 14 Tage statt. Nächste Zusammenkunft Mittwoch, 28. September, abends 8 1/2 Uhr. Vortrag des Kollegen Lewin über „Die wirtschaftlichen Wirkungen des Krieges.“ Gäste willkommen. — **Gewerbevereins-Liederklub (S.-D.)** Jeden Donnerstag, abds. 9—11 Uhr, Übungsstunde i. Verbandshaus d. Deutschen Gewerbevereine (Grüner Saal). Gäste willk. — **Sonnabend, den 12. September 1914.** Maschinenbau- und Metallarbeiter Berlin III. Abends 8 1/2 Uhr, im Nordwest Casino, Alt-Modell 55. Tages-Ordnung dorstheft. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter Berlin XII.** Abends 8 1/2 Uhr bei Krull, Pflanzstr. 52. Monatsbericht. Bericht über Arbeitslosen-Unterstützung der Stadt Berlin.

### Orts- und Regionalverbände.

**Bremen (Ortsverband).** Jeden ersten Dienstag im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Vertreter-Sitzung im Kurhops Gesellschaftshaus, B. m. n., Reffenstraße. — **Cottbus (Distriktsklub).** Sitzung jeden 2. u. 4. Donnerstag im Monat bei Hanfken, Landwehrstr. 42. — **Dessau.** Gewerbevereins-Liederklub jeden Mittwoch, abds. 8 1/2 Uhr, Übungsst. i. Vereinsl. „Kanon“, Marktstr. — **Eberfeld-Barzen (Ortsverband).** Jeden letzten Sonntag im Monat, abds. 8 1/2 Uhr, Vertreter-Sitzung bei Roggenkämpfer, Eberfeld, Luisenstr. und Erholungstr.-Ecke. — **Essen (Ortsverband).** Jeden Sonntag, abds. 8—10 Uhr, Diskussionsstunden i. Verbandshaus, Frohnhauserstr. 58. — **Frankfurt a. O. (Gewerbevereins-Kingchor).** Jeden Freitag von 8—10 Uhr, Übungsstunde im Vereinslokal, Röhstr. 16. Verbandskollegen herzll. willkommen! — **Geisenkirch (Ortsverband).** Jeden ersten Sonntag im Monat, vormittags 10 Uhr, Vertreter-Sitzung. Jeden ersten und dritten Sonntag, abends 6—8 Uhr, Diskussionsstunde im Vereinsklokal von G. Simon, Alter Markt. — **Haaren b. Hagen.** Jeden dritten Sonntag im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Diskussionsabend bei Ludwig — **Hamburg (Ortsverband).** Jeden 2. Freitag im Monat, 8 1/2 Uhr Ortsverbandvertreter-Sitzung bei Hofe, Gelehrerstr. 11. Jeden 1. Freitag im Monat, 8 1/2 Uhr bei Groll, Lagerstraße 2. — **Hamburg (Gewerbevereins-Liederklub).** Jeden Donnerstag, Übungsstunde bei Thöner in Altona, Elmshöfstr. 48—50. — **Herne (Ortsverb.).** Jeden 1. Sonntag im Monat, Sitzung b. Ww. Wllh. Ruhe, Bahnhofstr. gegenüber der evang. Kirche. — **Hersfeld.** Diskussionsabend jeden 8. Mittwoch im Monat, abds. pünktlich 8 1/2 Uhr bei D. Hilde, Mendenerstr. 5. — **Köln (Ortsverb.).** Jeden 2. Mittwoch im Monat, abds. 8 1/2 Uhr, Vertreter-Sitzung in der Lem.-Erholung, Kreuzgasse. — **Leipzig (Gewerbevereins-Liederklub).** Die Übungsstunden finden jeden Mittwoch abends 9—11 Uhr im Vereinslokal „Stadt Hannover“, Seeburgstr. 25, statt. Gäste und stimmungsbegabte Mitglieder sind herzlich willkommen. — **Mühlheim a. Rh.** Jeden zweiten Sonntag im Monat vormittags 11 Uhr, Vertreter-Sitzung im Verbandslokal bei Herrn Johann Köller, Sandstraße 88. — **Stettin (Sängerchor d. Gewerbevereine).** Die Übungsstunden finden jed. Dienstag abds. 8 1/2 Uhr im Lokal „Rebel“, Poststraße 5, statt. Stimmungsbegabte Kollegen herzlich willk. — **Regel (Diskussionsklub für Regel, Dorfstraße u. Weidenborf).** Sitzung jeden Dienstag, abds. 8—10 Uhr bei Römer, Schleierstraße 28, Ecke Schönebergstraße. — **Thorn (Bäder).** Jeden Sonntag nach dem 1. Ortsvereinsversammlung bei Nicolai, Bauerstr. 62. — **Wetzlar, Diskussionsklub.** Jeden Donnerstag, abends von 8—10 1/2 Uhr, Diskussionsabend beim Kollegen Bömel. — **Wetzlar (S.-D.).** (Wangenerlein Harmonie der Deutschen Gewerbevereine). Übungsstunden jed. Mittwoch, abds. von 8 1/2 bis 11 Uhr im Vereinslokal, „Klostergarten“. — **Wetzlar (Ortsverband).** Besangensabteilung der vereinigten Gewerbevereine (S.-D.) jeden Montag, abends 9 Uhr, Singstunde im Verbandslokal „Reinhold“.

Änderungen bezgl. Ergänzungen zum Adressenverzeichnis.

**Dortmund (Ortsverband).** O. Reßberg, Kassierer, Schornhorststr. 31.  
**Heimstetten (Ortsverb.).** Karl Scharnt, Vorsitzender, Eurenstr. 10.

## Anzeigen-Teil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.



**Teilzahlung**  
Uhren und Goldwaren,  
Photoartikel, Feldstech.,  
Sprechmaschinen, Musik-  
instrumente, Spielwaren,  
Koffer usw.  
Katalogo gratis und franco  
BERLIN A. 57  
LORAS & Co. Belle-Alliance-Str. 3

**Cottbus (Ortsverband).** Unsere Herberge befindet sich im Waldhof „Zum preussischen Hof“, Landwehrstraße 19, in der Nähe des Bahnhofs. Durchreisende Kollegen erhalten Herbergskarten bei den Ortsvereinskassierern und für den Ortsverband bei Kollegen F. J. Soller, Eulicherstr. 4.

**Hannover - Linden und Umgegend (Ortsverband).** Durchreisende Gewerbevereinskollegen aller Berufs erhalten Nachquartier und Verpflegungskarten hierzu bei Carl Hebel, Reffenstr. 32 a II.

**Rosowald.** Ortsverbandsgesamt für durchreisende Kollegen bei G. Beater, Friedr. Kirchplatz 18.

**Gestickte Vereinsfahnen**  
Bonner Fahnenfabrik in Bonn.

Durch unser Verbandsbureau, Berlin NO. 65, Greifswalderstraße 221/22, zu dem Vorzugspreise von 20 Pfg. zu beziehen ist die Schrift:

### Die Schwindsucht der Arbeiter

Ihre Ursachen, Häufigkeit und Verhütung

von Prof. Dr. E. H. Sommerfeld. 64 Seiten 80.

**Bromberg (Ortsverb.).** Durchreisende Gewerbevereinskollegen erhalten 75 Pfg. Ortsbescheinigung bei den Ortsvereinskassierern bezgl. beim Ortsvereinskassierer Kollegen Heindl, Elisabethmarkt 7.

**Oberbergischer Ortsverband, Eich Sulztau.** Unterstützung von 75 Pfg. an wandernde Kollegen bei Ernst Böser jun. in Scheibenberg, Malzhäuserstr. 62, mittags von 12—1 und abds. von 6—8 Uhr.

**Habeburg i. Sach.** Durchreisende, arbeitslose Kollegen erhalten ein Ortsbescheinigung im Betrage von 75 Pfg. bei dem Kollegen Richard Wenzel, Niebergstr. 16.

**Hegnitz (Ortsverband).** Verpflegungskarten für durchreisende Gewerbevereinskollegen beim Ortsvereinskassierer Paul Wuttke, Georgenstraße 3. Verbandslokal ist „Brin von Preußen“, Clogauerstraße.

**Sprottau-Enlau (Ortsverb.).** Durchreisende Gewerbevereinskollegen erhalten eine Unterstützung von 75 Pfg. beim Verbandskassierer Kollegen P. Schiener in Sprottau, Clogauerstraße 10. Arbeitsnachweis ebendortselbst.

**Rosowald.** Durchreisende Gewerbevereinskollegen erhalten eine Unterstützung bei A. Herholz, Köckerstr. 10.

**Leipzig-West (Ortsverband).** Durchreisende Gewerbevereinskollegen erhalten die Karten für das Ortsverbandsgesamt bei den Vereinskassierern. Für Abendrot und Nachtquartier haben dieselben in Stadt Hannover, Leipzig, Seeburgstraße 25—27, Gültigkeit.

**Erfurt (Ortsv.)** An durchreisende Kol. wird eine Unterstützung von 0,75 M. gezahlt durch den Ortsvereinskassierer August Seitenröder, Paulstr. 20 und im Gewerbevereinsbureau Blumentalstr. 1.

**Senftenberg und Umgegend (Ortsverb.).** Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pfg. Ortsverbandsgesamt beim Ortsvereinskassierer Otto Kuhle, Jüttenhof bei Senftenberg, Sandstr. 11, ortsbereitete Vereine auch bei den Kassierern. Senftenberg - Groß-Räthen, Wägen, Annahütte, Döbritzhof, Ueberrachungslokal, Waldhof am Waldhof, Def. Herr Scheppe.

**Dortmund (Ortsverb.).** Durchreisende, arbeitslose Kollegen erhalten Ortsbescheinigung, Gewerbevereinsbureau, Krimstr. 7. Dasselbe befindet sich auch d. Arbeitsnachweis.

**Rosowald (Ortsverband).** Durchreisende arbeitslose erhalten Unterstützung von 75 Pfg. beim Verbandskassierer Otto Wende, Luisenstraße 15.

**Jena (Ortsverband).** Durchreisende erhalten 75 Pfg. Unterstützung bei Carl Köller, Greifgasse 2, Ecke Oberlaugasse.

### Lexikon des Arbeitsrechts

In Verbindung mit Felix Glauß, Hermann Vog, Hermann Ruppe herausgegeben von Alexander Eiser.

Verlag von Gustav Fischer in Jena.

Wer sich rasch über eine Frage des Arbeitsrechts unterrichten will findet in diesem praktischen Lexikon in knapper Darstellung alle gewünschten Informationen. Größere Bibliotheken, Arbeitersekretäre, Sozial- und Agitationsbeamte der Arbeiterbewegung sollten sich in den Besitz des Buches setzen. Gegen Einzahlung des Kopienpreises von 4,80 M. pro Exempl. in gut. Einwanbeinh. m. Nachtrag erfolgt frant. Zustellung. Das Werk ist an unsern Verbandskassierer R. u. d. Klein, Berlin NO. 55, Greifswalderstraße 221/22 zu senden. Die Bestellung ist auf den Postabschnitt zu schreiben.